

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags- und Druckerei: Rudi Dresden Nr. 51507
Elbgaupresse Blasewitz

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Rote: Stadtkauf Dresden, Grosse Poststr. Nr. 608
Postfach-Nr. 517 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz, Wachwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Niederporitz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse-Druckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

erschint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Nur ein Viertel-Preisen. Aus alter u. neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis betr. monatl. M. 2.-, einjährl. 20 M. 20 Pf. Trägerlohn, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. M. 2.-, einjährl. 20 M. 20 Pf. Preis. Für Fälle von Gewalt, Krieg, Streik usw. hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung. d. Zeitung od. Rückzahl. d. Leihgebühren. Druck: Clemens Landgraf Nachf., Dresden-Freital. Bei unvert. einget. Manusk. ist Rückz. beizufügen. Für Anzeigen, u. durch Fernbr. aufgegeben werd., kann wir eine Verantw. bes. d. Nichterf. nicht überneh.

Anzeigen werden die 8 gespaltene Petit-Zeile mit 25 Goldspennungen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 100 Goldspennungen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sacharten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Intentionsträger sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anwendung gebracht. Rabattenanspruch erlischt: b. veränd. Zahlungs. Frage od. Konturf. d. Auftraggebers.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
94. Jahrgang

Nr. 255

Sonnabend/Sonntag, den 29./30. Oktober

1932

Die Vereinfachung der Verwaltung nach den Plänen der Reichsregierung

Canls Programmrede vor der Berliner Presse

Im Berliner Zoo fand am Freitag ein Festabend des Vereins Berliner Presse statt, zu dem der Reichskanzler, und andere Mitglieder der Reichsregierung, Vertreter der staatlichen und der übrigen Behörden und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in großer Zahl erschienen waren. Besondere politische Bedeutung gewann die Veranstaltung durch eine Rede des Reichsinnenministers v. Canls, der u. a. ausführte:

Es ist mir der Wunsch nahegebracht worden, heute etwas über die im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehenden Fragen der Reichs- und Verfassungsreform zu hören. Die Fragen der Gesamtreform sind so schicksalsschwer und so schwierig, daß sie reiflicher und eingehender Überlegung bis in alle Einzelheiten hinein bedürfen. Sie berühren bedeutsam das Verhältnis zwischen Reich und Ländern auf zahlreichen Gebieten des öffentlichen Lebens, so daß hier eine frühzeitige sorgsame Fühlungnahme zwischen Reich und Ländern erfolgen muß. Ferner ist eine eingehende Abwägung der Folgen jeder Reform für die einzelnen Reichsressorts und durch diese unerlässlich.

Daß die Zustände in Deutschland reformbedürftig sind, wird so allgemein zugesehen, daß ich darüber keine Worte zu verschwenden brauche. Wir sehen, um nur einige Hauptpunkte zu nennen:

Mängel im Verhältnis des Reiches zu den Ländern, in der Verwaltung des Reiches, auf dem Gebiet des Finanzausgleiches und in der Verfassung des Reiches. Wir besitzen eine Fülle von Vorarbeiten. Wir haben uns entschlossen, keine der vorliegenden Lösungen fertig aus der Schublade zu nehmen, so sehr wir ihren Wert zu schätzen wissen. Wir wollen unter Benützung uns zweckmäßig erscheinender Vorschläge anderer einen eigenen Weg gehen. Völlig abwegig wäre es, ausländische Vorbilder auf deutsche Verhältnisse zu übertragen.

Die Ausproppung fremder Reiser auf den deutschen Stamm ist eine der Ursachen des Verlangens deutscher Einrichtungen. Mit diesen allgemeinen Erwägungen über die Anwendung von Theorien ist auch die Frage grundsätzlich entschieden, ob etwas völlig Neues an die Stelle der gegenwärtigen Zustände, insbesondere der Weimarer Verfassung, gesetzt werden soll, wie es heute von weiten Kreisen oft fälschlich verlangt wird, die sich der Gefährlichkeit von Experimenten und der Schwierigkeiten, die in ihrer Forderung liegen, nicht immer voll bewußt sind, und die in der Regel fertig durchdachte Pläne noch nicht besitzen.

Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaates. Gegen den tatsächlichen Willen weiter Volksteile, einen Einheitsstaat zu schaffen, heißt, im Reiche Kräfte entfesseln, die seinen Bestand sprengen könnten. Es steht daher heute schon fest, daß

kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsgebiete angeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neuerteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Es ist eine durch die Erfahrung langer Jahre ererbte Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringend der Neuordnung bedarf. Der Zustand, den wir in der Gegenwart erleben, spricht deutlicher als lange staatsrechtliche und außenpolitische Ausführungen von der Notwendigkeit der Neuordnung des Verhältnisses Reich-

und Preußen

und einem größeren Reichsgebiete angeteilt werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Neuerteilung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Wir verzichten daher bewußt darauf, etwas völlig Neues an Stelle der gegenwärtigen Einrichtungen zu setzen und beschränken uns vernunftgemäß auf den Ersatz mangelhafter Einrichtungen durch bessere. Aus dieser Erkenntnis und Selbstbeschränkung folgt, daß

grundstürzende Neuerungen unterbleiben werden; das gilt unter anderen Punkten besonders für die Staatsform.

ung zwischen beiden. Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angetastet werden, als das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Preußen soll dabei — wie bereits gesagt — seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschaltet, sondern so organisiert werden, daß Reibungsverhältnisse einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können. Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern.

Die Entwicklung seit Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt.

Notwendig ist eine starke Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden sowie eine Änderung des Finanzausgleiches mit dem Ziel,

daß Länder und Gemeinden wieder die Aufgaben selbstständig übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbeten werden mußten und deren Gewährung durch das Reich dann eine Mitwirkung des

nen Reiches erforderte. Verlagerung der Finanzbeschaffung, der Entscheidung und der Verantwortung von oben nach unten tun hier not. Diese Dinge lassen sich außerhalb der Verfassung ändern.

In diesen programmatischen Sätzen ist bereits die Vereinfachung der gesamten Reichsverwaltung

grundsätzlich mitenthalten. Die Vorarbeiten für die Aufhebung entbehrlich werdender Reichsbehörden sind abgeschlossen. In Kürze werden die Änderungen bekanntgegeben werden können. Sie beziehen sich zunächst auf einen Abbau entbehrlicher Behörden der Finanz- und Postverwaltung. Die Vereinfachung der Sozialbehörden ist in Arbeit. Die Verringerung des Umfangs der Reichsministerien und der Abbau ihres Aufgabenspektrums wird eingeleitet.

Mit sehr vielen anderen deutschen Staatsbürgern sehen wir aber die tatsächlich vorhandenen Mängel der Verfassung so deutlich, daß uns die Pflicht gebietet, an ihrer Beseitigung zu arbeiten. Wir sehen den ersten Mangel in einem überprüften Parlamentarismus.

Entscheidungen von ungeheurer Tragweite können heute abhängen von einer Beschlussmehrheit. Hier muß eine Sicherung eingebaut werden.

Sie kann im Ausbau der Rechte des Reichsrates oder im Einbau einer berufsständischen Kammer in die Konstruktion der Volksvertretung oder in einer Mischung von beiden bestehen. Jeder Versuch, auf längere Sicht in Deutschland etwas zu schaffen, ist bisher an dem ständigen Wechsel der Regierungen gescheitert; deswegen

müssen durch Änderung des Artikels 54 der Reichsverfassung Hemmnisse eingebaut und der Gedanke einer gesicherten, vom Parteigetriebe unabhängigen Regierungsgewalt durchgesetzt werden.

Die Vorlage der Reichsregierung wird entsprechende Vorschriften enthalten, die nach Möglichkeit das Recht des Reichstages nicht unnötig einengen sollen. Eine Reform in dieser Richtung wird das beste Mittel sein, um künftig allzu häufige Reichstagsauflösungen zu vermeiden. Schließlich sollen

Änderungen der Wahlrechtsbestimmungen

in der Verfassung und des Wahlgesezes vorgeschlagen werden. Wir halten es für richtig, daß aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heraufzusetzen und

den selbständigen Familiernährern, gleichviel ob Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu gewähren,

welche die Bedeutung der Familiernährer für unser Volk unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck bringt. Weitere Mängel, wie das Auftreten kleinster Splitterparteien und die Auswüchse des Listenwahlrechts, sollen bei dieser Gelegenheit beseitigt werden.

An die deutsche Presse richte ich die Bitte: Erkennen Sie die Notwendigkeiten und die Schwere unserer Verantwortung und arbeiten Sie mit. Es geht um Deutschland!

Geduld

Das Reichskabinett hat gestern stundenlang über die Pläne beraten, durch deren Verwirklichung der Dualismus zwischen dem Reich und Preußen beseitigt werden soll. In wes-